Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 12.00 Mk., durch die Post 12.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernsp. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile der Ortsanzeigen 40 Pf., Familienanzeigen 30 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenbüros. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 5, Ecke Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 104. Halle, Dienstag, den 2. März 1920. Einzelpreis 15 Pfg.

Plaidoyers im Erzberger-Prozeß.

Der Erzberger-Helfferich-Prozeß.

Berlin, 2. März. (Eigene Drahtnachricht.) Es wird noch

noch einmal in die Beweisaufnahme eingetreten

werden. Als Zeugen sind dafür genannt vom Nebenkläger Erzberger selbst Giesberts, Unterstaatssekretär Becker-Arnberg und der Abgeordnete Schirmer. Rechtsanwalt Dr. Alsberg verlangt darauf die Ladung Bethmann-Hollwegs, Wahnschaffes und Stresemanns. Geheimer Justizrat v. Gordon stellt das Verlangen, die von Rechtsanwalt Dr. Alsberg genannten Zeugen abzulehnen. Der Oberstaatsanwalt befürwortet die Ladung aller von beiden Seiten genannten Zeugen, zu denen der Tisch des Nebenklägers noch Payer und Dr. David hinzufügt. Notwendig geworden ist das abermalige Eintreten in die Beweisaufnahme dadurch, daß der Abgeordnete Spahn noch Aussagen zu machen wünscht.

Zunächst soll nach einhalbstündiger Verspätung der Sitzungseröffnung der

Oberstaatsanwalt sein Plaidoyer

halten.

Oberstaatsanwalt Krause führt aus:

Der Prozeß ist ein politischer Prozeß in seinem ganzen Umfange und seinem Ursprung, in allen seinen Stadien und in seinen Folgen, die sich vielleicht jahrelang fühlbar machen werde. Der Prozeß ist ein Beleidigungsprozeß, der vom Angeklagten herbeigeführt und zum Zweck, den Nebenkläger als Minister und Politiker unmöglich zu machen. Ein Urteil über die weltpolitischen Vorgänge abzugeben, sind wir nicht berufen. Die Klarheit darüber wird nicht die Strafkammer, sondern das Tribunal der historischen Wissenschaft bringen. Für die Staatsanwaltschaft und das Gericht muß es als oberster Grundsatz in diesem Verfahren gelten, der Politik keinen Einfluß darin einzuräumen, sondern

nur die juristische Seite zu betrachten.

Das ist ja umso leichter, als es nicht gilt, festzustellen, ob diese oder jene Politik die richtige war. Ich habe, ich muß das feststellen, von keiner vorgesetzten Behörde oder sonstigen Stelle irgend eine Spur von Richtlinie oder Beeinflussung erhalten. Die Staatsanwaltschaft ist auch dieser Sache, wie die selbstverständlich ist, vollständig objektiv gegenübergetreten. Die dem Angeklagten zur Last gelegte Tat ist eine einheitliche, die er durch fortgesetzte Handlungen begangen hat. Der Strafantrag ist uneingeschränkt gestellt, umfaßt alle Vorwürfe, die in den Publikationen des Angeklagten enthalten sind. Sie richten sich gegen Helfferich als Mensch und Politiker. Sie sind zum Teil sehr stark und kraß. Aber

im politischen Leben lassen sich solche Ausdrücke nicht vermeiden.

Es ist sehr verständlich, daß beide Parteien das größte Interesse daran haben, ihre Politik zu rechtfertigen. Das ist hier nicht möglich, deshalb scheiden hier alle politischen Vorwürfe aus der Verfolgung nach § 185 und 186 aus. Der Angeklagte hat im Verlaufe des Prozesses versucht, seine Vorwürfe mit Politik zu erquicken und er hat das Beweisthema zu verschieben gesucht, indem er z. B. die Fälle, in denen der Nebenkläger keine Geschäftsvorteile hatte, in Beziehung mit einer Protektionswirtschaft brachte. Es läßt sich nichts dagegen sagen, daß Parlamentarier die Interessen gewisser Wirtschaftsgruppen vertreten, die sie in das Parlament entsandt haben, aber die Hauptsache ist, daß die Abgeordneten mit offenem Visier kämpfen. Daß

Erzberger dies nicht getan

habe, wirft ihm der Angeklagte vor und er belegt diese Behauptung durch mancherlei Beweise, u. a. durch Erzbergers Beziehungen zu Thyssen. Diesen Fall stellt er in den einzelnen Phasen als Chamäleonscharakter dar. Die Bezahlung Erzbergers mit 40 000 Mark war hoch, aber nicht übermäßig hoch. Denn es ist bekannt, daß auch sonst Aufsichtsratsmitglieder bezahlt werden, ohne etwas besonderes dafür zu tun und die Tätigkeit Erzbergers für Thyssen war durchaus nicht eine dekorative. Diese 40 000 Mark

als Bestechungsgeld zu betrachten, ist verfehlt,

da sich der Nebenkläger, wenn auch Thyssen hoffte, bestimmte Ziele zu erreichen und das Zentrum sich nutzbar zu machen, die volle Freiheit der Gesinnung und der Entschließung vorbehielt. Erzbergers Austritt aus dem Thyssenkonzern war freiwillig und ging hervor aus dem völligen Gegensatz der Meinungen über den Kriegsausgang. Daß Erzbergers Austritt freiwillig war, geht aus einer Bemerkung hervor, die Thyssen nach seiner Ueberzeugung machte: „Hut ab vor dem Mann." Wenn ich es auch

im Interesse der öffentlichen Reinlichkeit

für wünschenswert erachte, daß Parlamentarier, die nicht dem Wirtschaftsleben angehören, in dieser Weise dafür tätig sind, so meine ich doch, daß in diesem Falle eine Verquickung von Geschäfte und Politik nicht zu erklären ist. Anders dagegen ist mein Urteil über die Tätigkeit, die der Nebenkläger für Thyssen in der Frage des Erzbeckens von Briey und Longwy ausübte. In dieser Angelegenheit muß die Staatsanwaltschaft auf Grund der Beweisaufnahme als nachgewiesen erachten, daß der Nebenkläger

seinen großen Einfluß in ungehöriger Weise für Thyssen

geltend machte. In dieser Beziehung ist der Nachweis der Verquickung von Geschäft und Politik erbracht.

(Bei Schluß der Redaktion spricht der Oberstaatsanwalt fort.)

Die Verhandlungen mit den Zechenbesitzern

Berlin, 2. März. (Eigene Drahtnachricht.) Der Konflikt zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und den Kohlenindustriellen, der über die Beteiligung des Reiches an der Kapitalerhöhung der Zechen und über die Kontrolle der dadurch ermöglichten Verwendung der aufgebrachten Gelder entstanden ist, wird heute den Reichsrat beschäftigen. Das Ministerium wird den Vertretern der Länder im Reichsrat von seiner Absicht und von dem ungünstigen Verlauf der bisherigen Verhandlungen mit den Zechen Kenntnis geben. Ferner wird sich auch der Reichsverband der Industriellen, wahrscheinlich schon morgen, mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Das Ministerium seinerseits wird seine weiteren Maßnahmen wesentlich von dem Verlaufe der Beratungen im Reichsrat und im Reichsverband abhängig machen. Es ist aber im Hinblick auf die außerordentliche Wichtigkeit und Dringlichkeit der technischen Ausgestaltung der Kohlenförderung zu erwarten, daß das Ministerium spätestens in der nächsten Woche entscheidende Entschlüsse treffen wird.

Die Ernährung Danzigs.

WTB. Danzig, 2. März. Der Vertreter des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahner und der Danziger Verbrauchskammer hatten am Sonnabend eine Unterredung mit dem Oberkommissar Sir Reginald Tower, in der dargelegt wurde, daß die Ernährung der Bevölkerung in Danzig völlig unzureichend sei, besonders weil die Zensur aus den abgetretenen Gebieten durch nachgeordnete polnische Behörden gehindert werde. Der Oberkommissar erwiderte darauf u. a.: Die Wünsche über die Grenzfestsetzung des Freistaates habe ich befürwortet an den Obersten Rat in Paris weitergegeben, glaube aber kaum, daß sie alle erfüllt werden können. Danzig ist mit seiner Ernährung auf Polen und Deutschland angewiesen, aber auch Polen hat ein Interesse daran, daß es Danzig gut geht. Von seiten der Verbraucherkammer wurde alsdann darauf hingewiesen, daß eine Vorbedingung für die Gesundung und den Wiederaufbau die baldige Schaffung einer gesunden Währung sei. Vielleicht würde man am besten mit einer Danziger Währung beginnen, die auf einem gleichbleibenden Preise aufgebaut sei.

Beilegung des Generalstreiks in Frankreich.

Paris, 1. März. Der Nationalverband teilt mit, daß infolge der Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten eine Einigung mit den Vertretern des Verbandes und der Eisenbahndirektionen erzielt wurde. Dabei wird der Befehl, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, vom Verband gegeben werden.

Heute Vormittag sind in Paris fünf Personen verhaftet worden, die Militär zum Ungehorsam verleiteten oder sich Vergehen gegen die Freiheit der Arbeit haben zu schulden kommen lassen.

Nach einer Beratung zwischen Millerand einerseits und dem Minister des Innern, dem Minister für öffentliche Arbeiten und den Direktoren der verschiedenen Eisenbahndirektionen andererseits erklärte der Ministerpräsident den Pressevertretern, man habe eine wesentliche Besserung in dem Verkehr auf den Eisenbahnlinien festgestellt. Die Ernährung von Paris sei sichergestellt. Demgegenüber erklärt der allgemeine Arbeiterverband, der Verwaltungsrat habe eine Ausdehnung des Streiks festgestellt.

Vorrücken der Bolschewisten.

WTB. London, 1. März. Reuter. Das südrussische Communiqué vom 28. Februar besagt, daß die Bolschewisten auf einer breiten Basis östlich von Rostow bis nördlich von Stawropol vorrücken. Bolschewistische Angriffe auf den unteren Don und die Krimfront wurden zurückgeschlagen. Das Reutersche Büro meldet aus Konstantinopel, daß der baldige Fall von Noworossisk und Sebastopol erwartet wird.

Die Armenier-Metzeleien.

WTB. London, 1. März. Reuter. „Daily Telegraph" erfährt mit Bezug auf die letzte Armenier-Niedermetzelung, daß Truppen und Kriegsschiffe in Eile nach der cilicischen Küste gesandt wurden.

Was will Radek?

Von Dr. E. Stadtler.

Der bekannte Schriftsteller Dr. E. Stadtler wendet sich im „Gewissen" gegen Ausführungen des bekannten Bolschewisten Radek. Wir geben die Ausführungen, da sie allgemeines Interesse bieten, hier nachstehend wieder:

Bevor Radek den Staub Deutschlands von seinen Füßen schüttelte, provisorisch, wie er selbst meint, definitiv, wie wir hoffen, hat er im Intelligenzblatt Maximilian Hardens ein Kunstprodukt hinterlassen, das der Verfasser als naive politische Betrachtung über das Verhältnis von Deutschland zu Rußland gibt. Die „Naivität" des Artikels könnte darin gesehen werden, daß sowohl Radek wie Maximilian Harden sich gar nicht bewußt sind, wie der aus dem Artikel sprechende Geisteshochmut auf andere wirkt.

Zunächst: Wer ist Radek?

Ich sehe von den üblichen Hinweisen auf Herkunft, Rasse und Parteivergangenheit ab, obwohl sie für die Beurteilung gerade dieses Mannes auf Grund sehr einfacher Wertmaßstäbe von ausschlaggebender Bedeutung sind. Nehmen wir den Mann, so wie er heute ist. Als Politiker. Zweifellos eine Persönlichkeit von großer Intelligenz und seltener Energie, dessen revolutionär-demagogischer Tatendrang im Machiavellismus der weltrevolutionären Auslandspolitik Sowjetrußlands ein unbegrenztes Feld der Betätigung gefunden hat. Kein Staatsmann! Das hat ihm Deutschland anläßlich der taktischen Behandlung des Brest-Litowsker Friedensverhandlungen deutlich bestätigt. Auch kein Diplomat. Dazu fehlt ihm weniger die Kunst der Heuchelei, in der er gewiß groß ist, trotzdem er das Gegenteil behauptet, als die geruhsame sorgliche Art von Männern, die politische Beziehungen nicht zu gestalten, sondern weislich zu pflegen haben. Radek ist Agitator, Propagandist, Arrangeur. Dafür bieten sein Parteileben vor dem Kriege, seine schweizerische Tätigkeit während des Krieges und seine Leistung als Propagandachef der bolschewistischen Außenpolitik genügende Beweise. Seinem parteipolitischen Fanatismus, der allerdings von Gemütsverwurzelung ziemlich frei ist, und seinem unbändigen Aktivismus, der nicht ohne Schwung, aber ohne positive Geistigkeit ist, verdankt er seine Erfolge. Sein Zynismus ist in einem Nebel von moderner Aufklärung und Rationalismus, sodaß sich manche Zeitgenossen angezogen fühlen. Kampf und Revolution sind ihm Lebenselement und innerste Natur geworden. Ganz groß wirkt Radek im Pulverdampf der Aufstände, wenn er kühn das Leben wagt, um die feige Straßenmasse in seine Hände zu zwingen.

Was will Radek?

Radek gibt an, daß er mit dem Artikel in der „Zukunft" als simpler Sterblicher seine privaten Gedanken ausspreche. Verdächtige Bescheidenheit! Radek weiß, daß er als politische Persönlichkeit in Rußland schweres Gewicht besitzt. Vielleicht in Deutschland noch mehr. Hier haben sich ihm gewisse Naturen sklavisch und anbeterisch unterworfen. Andere haben ihm umgekehrt als Exponenten schieberischer Sowjetpolitik in den Mittelpunkt ihrer eigenen politisch-schieberischen und wirtschaft-schieberischen Kombinationen gerückt. Daß Radek jetzt in der „Zukunft" schreibt, läßt sogar vermuten, daß es sich hier um nicht bedeutungslose politische Kombinationen handelt.

Radek geht davon aus, daß die Ohnmacht der Entente gegenüber dem Bolschewismus und Sowjetrußland immer mehr sich offenbart. Er unterstreicht mehrfach den Gedanken, daß Deutschland in dem Antibolschewismus nicht weiter komme, weil es auf diesem Wege weder vom Westen Dankbarkeit, noch vom Osten materielle oder ideelle Unterstützung erhalte.

Er betont dann, wie die Länder zurzeit aufeinander angewiesen sind, vor allem Rußland auf Deutschland und umgekehrt. Daraus ergeben sich ihm folgende praktische Schlußfolgerungen: Deutschland sollte:

1. mit Rußland die diplomatischen Beziehungen anknüpfen,
2. Wirtschaftsverständige zur Regelung des Warenaustausches entsenden,
3. zum mindesten die technischen Berufsstände für die Frage der Ansiedelung in Rußland mobilisieren.

Das sind Gedankengänge, die an sich plausibel erscheinen und heute vielfach Gemeingut deutscher Gefühlspolitik von rechts bis links geworden sind. Die Entente hat im Frieden von Versailles Deutschland direkt für eine solche, teils passive, teils aktive Ostorientierung reif gemacht. Gerade deswegen gilt es, gegenüber den Lockungen Radeks politische Nüchternheit zu bewahren. Unseren Freunden wird nicht entgangen sein, mit welchen starken Vorbehalten unsere Orientierungsartikel geschrieben sind. Der Artikel Radeks ist uns ein Beweis dafür, daß wir noch skeptischer die Frage einer Anlehnung Deutschlands an das Sowjetrußland Lenins und Radeks behandeln müssen.

Den Frieden Brest-Litowsk hat seinerzeit Lenin „Atempause" genannt. Radek kennzeichnet die von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200302031/fragment/page=0001

ihm verlangten deutsch-russischen Annäherungsversuche als „Arbeitsprogramm für die Zwischenzeit". Was soll das heißen? Nichtkenner des Bolschewismus reden flüglicherweise von einem „modus vivendi". Sie haben die Atempause-Politik Lenins nicht begriffen und nicht begreifen wollen, sie werden auch die Radekische Phraseologie nicht durchschauen. Zur Aufhellung verweise ich auf Entgleisungen und taktische Ungeschicklichkeiten des Radekschen „Zukunft"-Artikels selbst. Da steht beispielsweise der plumpe Satz, daß Rußland kein deutsches Bündnis zum Kriege gegen die Entente suche. Dabei weiß jedes kleine Kind, daß der Propagandachef Sowjet-Rußlands vor einem Jahr den Kampf der verbündeten Sowjetmächte, Deutschland und Rußland, gegen den westlichen Kapitalismus am Rhein organisieren wollte. Schreibt nicht auch derselbe Radek in demselben Aufsatz, allerdings an anderer Stelle, ganz harmlos und nebenher, daß „Millionen bereit seien, für die Sache des Kommunismus vom Ural bis zum Rhein zu sterben, um bei Deutschland und Rußland zu bleiben!" Also kein Bündnis — und doch ein Bündnis! Wie reimt sich das? Sehr einfach. Radek will kein Bündnis mit dem bürgerlichen Deutschland, aber ein Kriegsbündnis mit einem proletarischen Deutschland. Deshalb heißt es auch anderswo, die deutsche kapitalistische Regierung sei nicht bündnisfähig. Der Gedanke wird einmal von Radek in das subjektiv schamhafte Geständnis abgemildert, daß er „nicht an die lange Lebensdauer des deutschen Zustandes von heute glaube. „Härter und deutlicher klingt dasselbe Motiv in der zuversichtlichen Behauptung, die deutschen Arbeiter würden für alles übrige sorgen, wenn sie zur Macht gelangten."

Eine deutsche „bürgerliche, kapitalistische" Regierung taugt allerhöchstens für eine Politik des Unterhosen- und Medikamentenaustausches, eine eigentliche Verbindung, eine wirklich politische Annäherung, eine Gemeinschaft des politischen Handelns ist erst möglich, wenn Deutschland die kommunistische Rätediktatur des radikalsten Partei-Sozialismus proklamiert. Der Artikel „Deutschland und Rußland" ist trotz geschicktester Aufmachung für den echten Politiker von einer durchsichtigen Naivität; nichts anderes nämlich stellt er dar, als einen bolschewistischen Bestechungstrick um Deutschland in die Maschen der Radekschen Weltrevolutions-Politik zu verstricken.

In dem Artikel der „Zukunft" treibt Radek mit den unpolitischen Tages-Wirtschaftlern, die sich einbilden, den geschickten Macher für ihre Zwecke zu gebrauchen, die mit Unterhosenaustausch (es können auch andere Artikel sein) glauben, die Weltprobleme des Ostens und des Westens einer Lösung entgegenzubringen, sein Spiel. Das könnte ergötzlich enden, wenn das Spiel nicht auf Kosten des braven deutschen Arbeiters ginge, der noch nicht hinter die Schliche der russischen Revolutionsmacher und Schieber gekommen ist. Mit seinem nur taktisch gemeinten, in zynische Form gekleideten Anbiederungsversuch will er auf politischen Schleich-, Schmuggel- und Schieberwegen die Weltkrise steigern. Dabei besitzt Radek die typische Unverschämtheit seiner Art, den Herrschaften, die er bequaunern will, mit Zuckerbrot und Peitschenhieb politische Unfähigkeit vorzuwerfen.

Der harmlose Radek kann versichert sein, daß wenigstens nicht alle auf seine Politik hereinfallen. Außer den Kreisen, die bei ihm antichambrierten, als er in Berlin die Freiheit genoß, und die auch seiner rabulistischen Orakelsprüche sich bedienen, gibt es in Deutschland Leute, die sein Spiel durchschauen. Auch wenn diese eine bestimmte Ostorientierung oder eine bestimmte kontinentaleuropäische Orientierung anstreben, sind sie klug genug, der Radekschen Vorschläge entraten zu können.

Für uns ist die Frage Rußland und Deutschland nicht eine Frage des Waren-Austausches, sondern eine Frage der nationalen Ehre und Selbstbehauptung, eine Frage solidarischer Geschlossenheit unserer Volksgenossen, eine Angelegenheit des beiderseitigen wirtschaftlichen Wiederaufbau-Interesses zweier junger, trotz des Zusammenbruchs, trotz bolschewistischer Katastrophen doch lebensfähiger Völker.

Die Auseinandersetzung mit den Hohenzollern.

Berlin, 2. März. Die sozialdemokratischen Fraktionen der deutschen Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung beschäftigten sich gestern abend in einer bis 11 Uhr dauernden gemeinschaftlichen Sitzung mit der Frage der Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Staat und der vormaligen Krone Preußens. Von Ministern waren zugegen: Reichskanzler Bauer und der Minister des Auswärtigen Müller, sowie die preußischen Staatsminister Hirsch, Südekum, Hänisch, Braun und Unterstaatssekretär Göhre. An der sehr lebhaften Aussprache beteiligten sich u. a. der Kanzler, der preußische Ministerpräsident und der Präsident der Landesversammlung Leinert. Der Finanzminister Südekum begründete seinen Standpunkt beim Zustandekommen der Gesetzesvorlage, indem er darlegte, daß bei der eindeutigen Rechtslage ein Vergleich durchaus nicht unzüstig zu nehmen sei, daß er aber einer Regelung durch Reichsgesetz, wenn es sich erzielen lasse, gern zustimmen würde. Die übereinstimmende Meinung der meisten Redner ging, laut „Vorwärts", dahin, daß das Vermögen der Hohenzollern als „Eigentum der Allgemeinheit" zu betrachten sei, „die der Familie überhaupt keine Entschädigung schulde." Die gegebene Rechtslage könne nur durch ein Reichsgesetz auf Grund des Artikels 153 der Reichsverfassung geschaffen werden. Die sozialdemokratischen Mitglieder der preußischen Staatsregierung würden eine solche Aenderung, „die eine bessere Wahrung der allgemeinen Interessen gestattet", freudig begrüßen.

Der Ententestreit um die deutschen Schiffe.

Paris, 2. März. (Eig. Drahtnachricht.) Die Frage der Verteilung der deutschen Handelsschiffe hat einen energischen Protest der Offiziere und Mannschaften der französischen Handelsflotte hervorgerufen. Laut „Journal" wurde Millerand ein in sehr energischem Tone gehaltenes Memorandum überreicht, in dem erklärt wird, die französischen Offiziere und Matrosen würden niemals der Auslieferung der vorläufig an Frankreich überwiesenen ehemaligen deutschen Flotte an andere Mächte der Alliierten zustimmen.

Die feindlichen Kolonialgreuel.

Der Württembergische Gouverband der Deutschen Kolonialgesellschaft hat für die Magdeburger Tagung, die auf den 7. Mai festgesetzt ist, die Annahme einer Entschließung beantragt, in der es heißt: „Die Deutsche Kolonialgesellschaft stellt mit tiefster Entrüstung die aller Kultur hohnsprechende Behandlung der von unseren Feinden gefangengenommenen Kolonialdeutschen, ganz besonders durch die Franzosen in Dahomen, fest. Pöbel, die derartige Greueltaten gegen die unter ihrem Schutze stehenden, wehrlosen Europäer begangen haben, können nicht als würdig zur Verwaltung der Schutzgebiete der Deutschen angesehen werden. Die Deutsche Kolonialgesellschaft erhofft von der deutschen Regierung, daß sie niemals den Standpunkt des entschiedensten Einspruches gegen die unendliche Unwürdigkeit des deutschen Volkes auf Kolonialbesitz verlassen und alles daran setzen wird, daß alle Greuel unserer Feinde ihre gerechte Sühne finden werden."

Japanische Schiffahrtslinie nach Deutschland

Rotterdam, 1. März. Laut „Nieuwe Rotterd. Courant" meldet Eastern Service aus Tokio, daß die japanische Schiffahrts-Gesellschaft Nippon Yusen Kaisha in diesem Monat einen Dienst nach Deutschland via Java für indische Waren einrichten wird.

Bewaffneter Widerstand der Türkei.

Konstantinopel, 25. Febr. (Havas.) In Parlamentskreisen ist man der Ansicht, daß einzig ein bewaffneter Widerstand die Entente dazu bringen werde, die Lebensnotwendigkeiten der Türkei anzuerkennen. Die Regierung versucht vergeblich, die Ruhe wieder herzustellen. Die Mehrheit des Parlaments bleibt allen Mahnungen zur Vorsicht abgeneigt. Die Regierung gab Mustapha Kemal Pascha zu verstehen, er werde die Herbeiführung des Friedens verhindern, wenn er dem Blutvergießen nicht ein Ende bereite. Mustapha Kemal Pascha antwortete, daß er den Kampf fortsetzen werde, um zu zeigen, daß die Türkei ihr Recht mit den Waffen verteidige.

Deutsches Reich.

Die Erhöhung des Eisenbahntarifs.

WTB. Berlin, 1. März. Heute trat die hundertprozentige Erhöhung des Eisenbahntarifs in Kraft. Die Tariferhöhung ist erzwungen durch die wachsende Belastung der Eisenbahnen durch die Besoldungsreform, den neuen Lohntarif, vor allem aber durch die ungeheuer gestiegenen Preise aller für den Betrieb notwendigen Materialien. Ihrer Steigerung gegenüber blieb die in den letzten Jahren erzielte Tariferhöhung weit zurück. Denn während seit 1914 die Tarife durchschnittlich um rund 500 Prozent erhöht worden sind — für einzelne Güter war die Erhöhung infolge der Aufhebung der Ausnahmetarife größer, so beträgt sie für schwedisches Erz 700 Proz. Gießereiroheisen 600 Proz. usw. Stiegen die Preise für Lokomotivkohle beispielsweise um 1397 Prozent, für Stabeisen um 1803, für Bleche um 3000 Prozent und Schienen 1886 Prozent, die für die Beschaffung der Betriebsmittel aufzuwendenden Kosten entsprechen diesen Preisen. Eine Lokomotive beispielsweise, die 1914 für 100 000 Mark zu haben war, kostet jetzt 1 000 000 Mark. Diese den Haushalt der Eisenbahn mit Milliarden belastende Steigerung muß in den Beförderungspreisen zum Ausdruck kommen. Es wäre aber eine volkswirtschaftliche Unwahrheit, die Tariferhöhungen als Ursache, und die Steigerung draußen am Markte als Wirkung hinzustellen. Gerade umgekehrt ist es. Die Finanzlage hat die Eisenbahn gezwungen, den Preissteigerungen für die wichtigsten Industriezweige schnell zu folgen und deshalb zunächst eine allgemeine prozentweise Tariferhöhung. Die Eisenbahnverwaltung arbeitet aber bereits daran, die neuen Beförderungspreise den wirtschaftlichen Bedürfnissen anzupassen. Zusammen mit dem Landeseisenbahnrat und der ständigen Tarifkommission wird ein systematischer Neubau auch des Tarifschemas so schnell wie möglich durchgeführt.

Abtransport deutscher Gefangener aus Sibirien.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Stresemann erwiderte das Heeresabwickelungsamt Preußen, „daß nach einem Telegramm von Mitte Januar der am 13. Oktober v. J. nach Ostsibirien ausgereisten und inzwischen in Wladiwostok eingetroffenen deutschen Fürsorgekommission die dortige interalliierte Kommission im Prinzip ihre Zustimmung zum Abtransport der an der Ostküste Sibiriens befindlichen Gefangenen gegeben hat. Die Charterung des erforderlichen Schiffsraumes ist daraufhin sofort telegraphisch angeordnet worden, sodaß mit der Heimkehr dieser Gefangenen zum Frühjahr aller Voraussicht nach gerechnet werden kann."

Fluch den Schiebern.

Kassel, 1. März. Generalleutnant v. Stolzmann, der Kommandeur der 11. Reichswehrbrigade, will den Ausnahmezustand dazu benutzen, um dem Schleichhandel energisch zu Leibe zu rücken. Diesem Zwecke soll eine in den nächsten Tagen erscheinende Verordnung dienen, die das Post- und Briefgeheimnis zum Teil aufhebt und eine Durchsuchung der Pakete und Eisenbahngüter ermöglicht. Diese scharfen Maßnahmen sind jedoch nur gegen die gewerbsmäßigen Schleichhändler und Schieber gerichtet. Die Verordnung soll es namentlich ermöglichen, das bekannte Loch im Westen zu verstopfen. So wurden beispielsweise allein in Frankfurt a. M. an einem der letzten Tage 224 Schieber verhaftet.

Die Befehlshaber der angrenzenden Bezirke haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, eine ähnliche Verordnung in den ihnen unterstellten Kommandobezirken zu erlassen.

Ausland.

Deschanels Schwur.

Paris, 1. März. Auf dem heute in Bordeaux abgehaltenen Erinnerungstag an die Protesterklärung gegen die Abtretung von Elsaß-Lothringen an Deutschland sagte Präsident Deschanel in einer Rede u. a.: Auf dieser

---

Der Biberpelz.

Von Martin Feuchtwanger.

Früher konnte man sich solche Gewohnheiten erlauben: Wenn ein Kind krank war, Medizin zu schlucken hatte und längere Zeit im Bett liegen mußte, bekam das gute Kind „zur Belohnung" ein Geschenk. Als ich mit vierzehn Jahren eine Diphtheritis hinter mir hatte, belohnte mich meine Mutter mit einem Biberpelzkragen. Ich trug ihn zwei, drei Jahre lang mit Stolz, dann begann ich, mit hohen Stehkragen, seidenen Schlipsen und Spazierstöckchen zu kokettieren, und der Biberpelz war mir zu schofel für meine Eleganz.

•

Fünfzehn Jahre später kam ich in französische Gefangenschaft. Schon bei der Gefangennahme nahm man uns Mützen und Mäntel weg. Und wir froren monatelang gottserbärmlich. Da fiel mir mein Biberpelz ein. Ich schrieb meiner Frau, sie möge doch einmal unter den alten Kleidungsstücken herumstöbern, ob sie da nicht einen Biberpelzkragen finde? Den könne ich hier ausgezeichnet brauchen.

Zwei Monate später wurde ich auf die Paketzensur gerufen. Ein Dolmetscher hielt mit spitzen Fingern mein armseliges Biberpelzkragelchen in die Höhe und fragte: „Qu'est-ce' c'est qu'ce, cette machins-la?" — „Das ist ein Pelzkragen, Herr Dolmetscher." — „Was wollen Sie mit dem Dingsda, mit dem machins-la?" — „Anziehen, wenn es kalt ist, Herr Dolmetscher." — „Sie können doch keinen Pelzkragen anziehen als Kriegsgefangener. Nein, da muß ich unbedingt den Herrn Kapitän fragen."

Der Kapitän schüttelte den Kopf über das machine-la. Der Kriegsgefangene will einen Pelzkragen tragen? Zu komisch! Nein, er konnte die Erlaubnis nicht ohne weiteres geben. Er wandte sich an den Oberst. Und der Oberst begutachtete das machine-la und wurde nachdenklich und sandte den Kragen an die Region zur Begutachtung, und der General beschloß, sich an das Kriegsministerium in Paris zu wenden. Und die's verfügte: Der Kriegsgefangene darf bei guter Führung den Pelzkragen tragen, wenn es kalt ist.

Man händigte mir den Pelzkragen ein, sprach viel Lobreden vom Segen der guten Führung, von dem Wohlwollen der französischen Regierung im allgemeinen und der Großzügigkeit der französischen Nation im besonderen, und ich durfte mit meinem Biberpelz abziehen in das Lager, wo das seltene Möbel von den dreitausend gefangenen Kameraden mit heimatlichen Gefühlen besehen, befühlt und begutachtet wurde.

•

Der Pelzkragen war im Lager, und wir hatten es schwarz auf weiß: Er durfte getragen werden.

Das mußte ausgenutzt werden.

Wenn wir auf eine Arbeitsstätte geschickt wurden, auf der wir von den französischen Aufsehern schikaniert, verspottet und beschimpft wurden, dann mußte ich zum Gegenärger den Pelzkragen anziehen.

Meine Kolonne zog durch die Straße. Sechzig, achtzig, hundert Mann stark. Alle eingehüllt in Lumpen, die Füße in Holzpantinen. Ich, der Kolonnenführer ebenso angezogen. Aber meinen Hals zierte der Pelzkragen. Er erregte ungeheures Aufsehen. Ein Bube mit einem Pelzkragen! Das ging nicht! Der Kerl trug einen Pelzkragen, wie ein König! Der Biberpelz wirkte auf die Franzosen wie das rote Tuch auf den Stier. Aber die Beschwerden halfen nichts, der Kapitän zuckte die Achseln: Befehl des Kriegsministeriums!

Das machine-la machte die Franzosen beben vor Wut, und uns machte es das Herz hüpfen vor Freude über diesen Aerger. Waren die Kerle gemein, hatten sie meine Leute schikaniert zum Erbarmen, dann hieß es am Abend: Feuchtwanger, morgen müssen Sie das machine-la anziehen.

Und das königliche Stück, der Biberpelzkragen mit den Mottenlöchern und den ausgefallenen Haaren, umgab am nächsten Tag meinen Hals, und die Franzosen platzten vor Wut.

•

Als es in die Heimat ging, überlegte man sich, was man von seinen Habseligkeiten mitnehmen sollte und was zurücklassen. Den Biberpelz? „Ach, schmeißen Sie das Dingsda doch weg. In Deutschland! Glauben Sie, in Deutschland trägt jemand so ein schofles Zeug?!" Aber ich nahm ihn mit, zur Erinnerung.

Armes Deutschland!

Lieber, guter Biberpelz, was kommst du in deinen alten Tagen noch zu Ehren! Mit welch anerkennenden Blicken betrachteten meine Freunde das Biberpelzlein beim Auspacken.

Mottenlöcher hin, Mottenlöcher her, ausgefallene Haare hin, ausgefallene Haare her! Ein Biberpelz! Ein richtiggehender Biberpelz!

Das machine-la ist augenblicklich beim Kürschner. Und zu ihrem nächsten Geburtstag bekommt meine Frau einen Biberpelz geschenkt. Ich freue mich. Die Freundinnen werden meine Frau beneiden um ihren noblen Gatten.

Kunst und Wissenschaft.

Soll die Kunst im Rheinland französisch werden? In Aachen verbreitet sich das Gerücht, daß die Stadt die Absicht habe, die deutschen Schauspielvorstellungen am Stadttheater mit dem 1. Mai einzustellen. Die Folge davon würde unzweifelhaft sein, daß sich dauernd französische Schauspieltruppen im Stadttheater seßhaften würden. Schon heute finden mehr französische als deutsche Vorstellungen am Aachener Stadttheater statt. In dieser Woche ist das Theater an vier Abenden für französische Vorstellungen belegt. Tatsache ist, daß die Verträge aller Bühnenmitglieder am 30. April ablaufen, und daß diese seit Monaten vergebens auf eine Erklärung der Stadt warten, ob die Verträge für eine Sommerspielzeit verlängert werden. In der Bürgerschaft verbreitet sich eine erhebliche Unruhe über die Unentschlossenheit der Stadtverwaltung, zumal man weiß, daß der Oberbürgermeister und Zentrumsabgeordnete Farwick alle Dinge ausschließlich von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus zu betrachten pflegt.

Verband der Deutschen wissenschaftlichen Beamten. Man schreibt uns: Der im November 1918 gegründete Verband der Deutschen wissenschaftlichen Beamten (Sitz Berlin NW. 7, Unter den Linden 38) dehnt sich neuerdings mehr und mehr auch auf Süddeutschland aus. Er umfaßt jetzt an 200 wissenschaftliche Institute, Archive, Bibliotheken, Museen, naturwissenschaftliche und medizinische Institute, Sternwarten und zoologische Gärten. Auch die Professoren der akademischen Hochschule für Musik und die bildenden Künste in Berlin haben sich dem Verband angeschlossen. Dieser ist Mitglied des Bundes höherer Beamter und des Reichsausschusses akademischer Berufsvereine. Er steht im Kartell mit der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Deutsch-Oesterreichs.

Die Nürnberger Intendantenfrage. Die seit Wochen gehenden Beratungen im Stadtrat über die für den Intendantenposten in Betracht kommenden Bewerber haben das Ergebnis gezeitigt, daß sich der Stadtrat für keinen der in engere Wahl gestellten Herren entschieden hat, und der Posten, wie es heißt, nochmals ausgeschrieben werden soll.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200302031/fragment/page=0002